

**Liebe Genossin,  
 lieber Genosse,**

es ist nun schon eine geraume Zeit ver-  
 gangen, seit die „KV-Mitteilungen“ sanft  
 entschlafen sind; manch eine/r wird  
 sich noch erinnern. Geleitet von der  
 Überzeugung, daß die aktiven Mitglie-  
 der ein Recht auf Informationen über  
 Wichtiges aus Kreisverband und -vor-  
 stand haben und motiviert durch unse-  
 ren Anspruch, Vorgänge auf dieser  
 Ebene möglichst transparent zu  
 machen, haben wir uns entschlossen,  
 ein neues Mitglieder-Informationsblatt  
 zu schaffen, es heißt: **Der Kreis**.

Was soll drinstehen? Beschlüsse, Mel-  
 dungen, Termine, Diskussionsbeiträge,  
 beispielhafte Aktionen und vieles mehr,  
 was die Arbeit in den OV's und AG's un-  
 terstützen, den Informationsstand der  
 Aktiven verbessern und den Kontakt  
 zwischen Vorstand und Gliederungen  
 der Partei intensivieren kann.

Wann und wo gibt's den **Kreis**? Er wird  
 auf jeder regulären Kreisausschußsit-  
 zung an die Vertreter von OV's und AG's  
 verteilt. Jeder bekommt genügend  
 Exemplare für „Funktionäre“ und „Akti-  
 ve“. Außerdem liegt der **Kreis** im Büro  
 aus. Dieses Info ist also als „Abhol- und  
 Mitmach-Blatt“ gedacht – für Interes-  
 sierte und nicht für den Papierkorb. Ein  
 solches Konzept diktiert uns nicht zu-  
 letzt unsere finanzielle Situation. Aber:  
 warum soll in der Kieler SPD nicht klap-  
 pen, was bei IKEA funktioniert.

Kritikerinnen und Kritiker aller Stadtteile  
 und Arbeitsgemeinschaften fällt über  
 uns her, aber lest den **Kreis**!

Hans-Peter Bartels  
 Jürgen Weber

**Mehr Demokratie**

**Kieler SPD fordert Bürgerentscheid auf  
 kommunaler Ebene**

Der Kreisvorstand der Kieler SPD hat  
 sich mit dem Entwurf des Innenmini-  
 sters zur Kommunalen Verfassungsre-  
 form befaßt und unterstützt das Be-  
 mühen, mehr Transparenz und Beteili-  
 gungschancen in der Kommunalpolitik  
 zu realisieren. Hierzu gibt es im Refe-  
 rentenentwurf eine ganze Reihe sehr  
 vernünftiger Vorschläge, wie sie von der  
 SPD schon seit Jahren gefordert wer-  
 den. Dazu gehört zum Beispiel die Öff-  
 entlichkeit der Ausschußsitzungen, das  
 Akteneinsichtsrecht für Ratsmitglieder  
 und die Protokolleinsicht für Bürger. Be-  
 sondere Bedeutung wird auch der Ein-  
 führung des Petitionsrechtes beige-  
 messen.

In zwei strittigen Fragen teilt die SPD in  
 Kiel die Auffassung des Innenministe-  
 riums nicht: Die ehrenamtlichen Dezer-  
 nenten im Kieler Magistrat sollten bei-  
 behalten werden, weil sie sich bewährt  
 haben. Ein Weisungsrecht des Ober-  
 bürgermeisters würde eher zu weiteren  
 Konflikten und Reibungsverlusten füh-  
 ren, als klarere Entscheidungen zu er-  
 möglichen.

Bei den weiteren Beratungen will die  
 Kieler SPD darüberhinaus erreichen,  
 daß demnächst in Schleswig-Holstein  
 auch Bürgerbegehren und Bürgerent-  
 scheid in den Städten und Gemeinden  
 möglich sind. Hierzu liegt bisher nur ein  
 Diskussionsentwurf des Innenministers  
 vor, im Gesetzestext ist dieses noch  
 nicht berücksichtigt.

Nach unserer Auffassung müssen die  
 Wählerinnen und Wähler auch zwischen  
 den Wahlen die Möglichkeit haben, auf  
 einzelne kontroverse politische Ent-  
 scheidungen Einfluß zu nehmen. Bür-  
 gerbegehren und Bürgerentscheid be-  
 deuten für uns mehr Demokratie. Wir  
 sollten dies durchsetzen.

Plebiszitäre Elemente solcher Art sind in  
 süddeutschen Bundesländern schon  
 lange üblich. Auch wenn sie nur selten  
 stattfinden, müssen sie in der Tages-  
 politik immer als Möglichkeit einkalku-  
 liert werden.

Peter Andersen

